

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

138 (16.6.1934) Zweites Blatt

### Umschau.

Frankreichs Politik der Allianzen. — Das nervöse Europa: Aufrüstungswelle, direkte Verhandlungen. — Deutsche Innenpolitik.

(Durlach, 16. Juni.)

Nachdem in Genf der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz ohne Ergebnis auseinandergegangen war, setzte gleich in der Auslandspresse der Streit darüber ein, ob nun Frankreich dort tatsächlich einen Erfolg erzielt habe. Frankreich hat keinen Erfolg erzielt. Das zeigt ja schon die Tatsache, daß es zwar ein Fort- und ein Weiterkommen in der Abrüstungsfrage verhindern konnte, daß es aber mit seiner „Sicherheitspolitik“ der Allianzen nun auch gleich allerhand Sorgen bekommen hat.

Der Sicherheitsauschuss, den man einrichtete, wird unter „freiwilliger“ Beteiligung Englands verhandeln, während die Italiener und Ungarn eine Teilnahme als ordentliche Mitglieder überhaupt ablehnten und nur durch Beobachter vertreten sein wollten. Rußland aber, der eigentliche Vater des Kindes ist mit der Entwicklung auch nicht zufrieden, denn Herr Litwinow wandte sich dagegen, daß man dort nur um die europäische Sicherheit verhandle. Die Franzosen wollen eben die Russen gegen Deutschland in Europa einspannen, die Russen aber die Franzosen im Fernen Osten gegen Japan, wobei die Franzosen sicher der leidtragende Teil wären, denn sie würden an Rußlands Seite bei kriegerischen Verwicklungen ihr Indochina ganz gewiß nicht vor dem Zugriff der Japaner schützen können. Gewiß ist es gelungen, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen der Kleinen Entente zu den Bolschewiks herbeizuführen, aber zunächst auch das nicht ganz, denn nur die Rumänen und Tschechen machen mit, während die Südslaven ihre Vorbehalte einbringen. Sie sollen ja von Paris dazu gewonnen werden, daß in Oesterreich die Habsburger wiederkehren, wenigstens dazu, daß zunächst der alte Erzherzog Eugen als Pfahhalter für den Sohn der Frau Jita, Otto, den Vösten des österreichischen Bundespräsidenten erhält.

So treibt eben Frankreich die Politik der Allianzen weiter. Eine Politik, die während der großen Genfer Debatten von dem Präsidenten Henderson selbst als das bezeichnet wurde, was sie ist, der Versuch der neuen Einkreisung Deutschlands, wenn auch mit untauglichen Mitteln. Und auch England hat bei der Bildung des Sicherheitsausschusses in Genf, den man besser „Ankündigungsausschuss“ nennen könnte, keinen Zweifel darüber gelassen, daß es nicht daran denke, sich an neuen Vorkäufen zu beteiligen, daß sein Bedarf darin mit Locarno gedeckt sei, und daß es jede neue Bindung als Belastung für sich und Aushöhlung des Locarnogedankens ansehe.

Die neue Periode der direkten diplomatischen Verhandlungen, die nun bereits mit dem Besuch Hitlers in Venedig bei Mussolini begann, wurde durch eine Aufrüstungswelle begleitet, ein Zeichen, wie wenig die Welt vom Abrüstungsgedanken praktisch hält, wie sehr sie den Dingen mißtraut und wie nervös sie geworden ist. Wir hörten in dieser Woche, daß England 50 neue Flugzeuggeschwader haben will, um wenigstens in einigen Jahren an die französische Luftrüstung heranzukommen. Wir vernahmen von dem italienischen Plan, zwei Großschlachschiffe von je 35 000 Tonnen zu bauen und wir vernahmen von der Beunruhigung in Frankreich, weil diese Schiffe bei weitem größer würden als die 22 000 Tonnenschiffe, die Frankreich bauen will. Wir hörten davon, daß Japan nun den Balkanstaaten Waffen in größtem Umfang liefern will, nicht nur Kanonen und Flugzeuge, sondern sogar U-Boote, und wissen allerdings dabei, daß sich die Balkanstaaten diese Lieferungen recht genau ansehen müssen, denn die japanische Wäre ist zwar unerhört billig, aber immer schlecht und minderwertig gewesen. Von den Streichhölzern, von denen meistens nur jedes zehnte brennt, bis zu den Fahrrädern und Nähmaschinen, die eine bemerkenswerte schnelle Verbrauchdauer haben. Wir hörten auch dazu, daß nun sogar drüben in Amerika nicht nur die gewaltige Union, sondern auch die südamerikanischen Republiken an allen Ecken und Enden rüsten, ohne daß sie sich wohl zunächst selbst darüber klar sind, gegen wen, am wahrscheinlichsten aber wohl gegeneinander, wie der Krieg zwischen Paraguay und Bolivien zeigt.

In Deutschland steht demgemäß mit Recht die Außenpolitik ganz an erster Stelle. Gewiß der Arbeitsbeschaffung und den damit zusammenhängenden großen Wirtschafts- und Finanzfragen muß man dauernd stärkste Aufmerksamkeit zuwenden, denn diese Fragen sind so beherrschend, daß sie keinen Aufschub dulden. Obendrein nun finden gegenwärtig auch die Fragen der Jugend- und Jugendbildung durch den neuen Reichserziehungsminister Raft besondere Förderung. Wir haben vom Staatsjugendtag gehört, von der Teilung der Erziehungsaufgaben zwischen Staatsjugend, Schule und Elternhaus, von den neuen Plänen der Vereinfachungen des gesamten Schulwesens und von der Neuorganisation der Studentenschaft, von den 8 Wochen Sommerferien, die zur Hälfte für die Lehrer zu ihrer eigenen Schulung dienen sollen und sehen daraus, daß es auch im Innern weiter geht und keinen Stillstand gibt.

Eine andere Sorge, die unmittelbar auch mit den Schwierigkeiten auf den innenpolitischen Gebiet zusammenhängt, ist zunächst die des Ausfalls der deutschen Ernte, denn es ist klar, daß erhebliche Schwierigkeiten kommen würden, müßte nun Deutschland, nachdem es in den Vorjahren gelungen ist, den Brotgetreidebedarf aus eigener Scholle zu decken, infolge einer Mißernte zu Einfuhren aus dem Ausland schreiten und seine unerhört an-

gepannte Devisenbilanz dadurch noch mehr belasten. Aber wir vernahmen von einer zuständigen Stelle, dem deutschen Landwirtschaftsrat, daß im ganzen gar keine Mißernte, sondern lediglich eine Mittelernte zu erwarten sei und daß überdies Deutschland in Brotgetreide noch aus der letzten Ernte genügende Vorräte zur Deckung des Ausfalls hat. Dazu wird jetzt bekannt, daß Amerika trotz der Dürre, noch eine höhere Ernte als im Vorjahre haben wird, weil eben mehr angebaut wurde und daß viele, von dort kommende Meldungen, sicher auch von Spekulanten lanciert sind, um für die Getreideüberschussländer eine Preissteigerung in die Wege zu leiten. Die Weltgetreidelage ist überhaupt gar nicht ungünstig und auf jeden Fall sind größere Vorräte vorhanden, als auch der Ausfall einer schlechten Welternte betragen würde.

### Vorläufig kein deutscher Transfer

Zahlungsbereitschaft Deutschlands bei entsprechender Exportsteigerung

W.D. Wie nach dem Ausgang der letzten Berliner Gläubigertagung nicht anders zu erwarten war, hat nunmehr der Zentralauschuss der Reichsbank in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung bekanntgegeben, daß eine weitere Transferierung zurzeit bis zur Besserung der deutschen Devisenlage nicht mehr möglich ist. Von Wichtigkeit ist dabei, daß der laufende Zahlungsverkehr davon nicht berührt wird. Wer die Entwicklung des deutschen Gold- und Devisenbestandes laut den Ausweisen der Reichsbank in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, ist von der Erklärung der Reichsbank nicht weiter überrascht. Immerhin ist diese von sehr großer Bedeutung, wenn sie auch in keiner Weise nach irgendwelcher Seite hin mißgedeutet werden sollte. Daß das Ausland von dieser Entwicklung der Dinge nicht gerade angenehm überrascht ist, ist von keinem Standpunkt aus gesehen durchaus verständlich. Auf der anderen Seite bildet die Erklärung der Einstellung jeder Transferierung, abgesehen vom laufenden Zahlungsverkehr, für das Ausland keine Neuigkeit, nachdem sich seine Abordnungen in wochenlangen Beratungen in Berlin von der Richtigkeit der deutschen Argumente selbst überzeugen konnten. Es handelt sich, wie immer wieder betont werden muß, nicht um eine Zahlungsunfähigkeit Deutschlands, sondern um die Unmöglichkeit, zurzeit Reichsmarkbeträge in Devisen umzuwandeln. Es hat in der Hand der Gläubigerstaaten gelegen, auf Grund der Tatsache, daß Schulden gegenwärtig nur durch vermehrte Abnahme deutscher Erzeugnisse getilgt werden können, diese Frage in Berlin weitgehendst anzuschneiden und zu einer Entscheidung zu bringen. Daß dies nicht geschehen ist, ist nicht die Schuld Deutschlands, das seinen Zahlungswillen in jeder Form stets betont hat.

Von einer Krise zu sprechen, wie es vielleicht eine deutschfeindliche sensationshungrige ausländische Presse teilweise verluchen wird, ist gänzlich verfehlt. Vielmehr kann man in den offenen und folgerichtigen Erklärungen der Reichsregierung und Reichsbank ein weiteres Moment der Beruhigung erblicken, das als günstiger Auftakt für unbedingte über kurz oder lang kommende neue Verhandlungen zu werten ist.

Sehr zu begrüßen ist es, daß mit Holland, mit dem Deutschland in einem besonders regen Warenaustausch steht, bereits eine Sondervereinbarung erzielt ist. Das gleiche gilt von der Schweiz, mit der allerdings nur vorläufige Abmachungen zustande gekommen sind. Auch diese sind dazu angeht, den anderen Gläubigerländern den Beweis zu liefern, daß Deutschland nach einem für beide Teile tragbaren Ausweg sucht. Der Weg solcher Verhandlungen mit den einzelnen Gläubigern dürfte am ehesten geeignet sein, erprießliche Verhältnisse im internationalen Warenaustausch herbeizuführen.

### Schatzkanzler Chamberlain zum deutschen Transfermoratorium

London, 15. Juni. Schatzkanzler Chamberlain gab im Unterhaus seine mit der größten Spannung erwartete Erklärung über das deutsche Transfermoratorium ab. Er teilte mit, daß die britische Regierung jetzt eine Gesetzesvorlage einbringen wird, um der Regierung zu ermöglichen, ein englisch-deutsches Clearingamt zu errichten, das sie jedoch bereit ist, davon abzusehen, diese Vollmachten auszuüben, wenn eine besprechende Vereinbarung über eine billige Behandlung der britischen Bonds-Inhaber und den britischen Handel vor dem 1. Juli abgeschlossen werden kann.

Von allen Morgenblättern äußert sich am schärfsten die „Times“, die in einem Leitartikel u. a. ausführlich: Der Reichsbankpräsident wandte sich anheimelnd an das Inland, als er die Gründe für seine Handlungsweise darlegte, die für ausländische Ohren wenig überzeugend wirken. Seine Verteidigung scheint zu sein, daß die Reparationen, die Tarife und die Einfuhrkontingente der Gläubigerländer, sowie die Entwertung der Währungen die Schuld daran trage, daß Deutschland keinen Ausfuhrüberschuss anammeln kann. Zweifellos klingt dies überzeugend genug für das deutsche Publikum, aber es lasse die wichtige Tatsache beinahe unberührt, daß Deutschlands Wirtschaftspolitik planmäßig so gestaltet sei, um einen Ausfuhrüberschuss unmöglich zu machen. Deutschland habe seit vielen Monaten seine eigene Außenschuld zu sehr günstigen Bedingungen zurückbezahlt. Unter den besonderen Verhältnissen der Weltkrise würde kein vernünftiger Mensch die Meinung verspürt haben, Deutschland für einen zeitweisen Zahlungsverzug zu tabeln, wenn Deutschland gleichzeitig die Bereitschaft gezeigt hätte, alles Mögliche zu tun, um zahlungsfähig zu bleiben. Deht, wo die Zahlungsverhältnisse tatsächlich eingetreten sei, sei es klar, daß eine Aktion unternommen werden müsse, sei es durch eine Clearing-Vereinbarung, oder durch irgendwelche anderen Maßnahmen, um die Lebenslage der britischen Gläubiger zu verbessern. Es sei noch nicht sicher, welche Maßnahmen die britische Regierung gegen ihren eigenen Willen zur Verteidigung der Rechte britischer Bürger ergreifen werde, um der deutschen Regierung die ersten Folgen der Umgehung heiliger Verpflichtungen klar zu machen. „News Chronicle“ bezweifelt die Zweckmäßigkeit eines Clearing-Systems, indem sie darauf hin-

weist, daß das britische Reich in seiner Gesamtheit mehr an Deutschland verkaufe als es kaufe und ferner, daß die deutsch-englische Handelsbilanz neuerdings einen immer geringeren Saldo aufweist, aus dem die Gläubiger entschädigt werden könnten.

### Der Reichsfinanzminister an die B33. Schreiben des Reichsfinanzministeriums an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Berlin, 15. Juni. Das Schreiben, das das Reichsfinanzministerium am 14. Juni 1934 an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich als Fiskal-Agent der Dawes-Anleihe und als Treuhänder der Younganleihe richtete, hat folgenden Wortlaut: Wie die Reichsbank heute der deutschen Regierung mitteilt, ist sie zu der Feststellung gezwungen, daß für alle die am 1. Juli eintretenden Fälligkeiten aus mittel- und langfristigen deutschen Auslandsverpflichtungen irgend welcher Art Devisen bis auf weiteres nicht mehr zur Verfügung stehen.

Indem die deutsche Regierung der B33. hierdurch Mitteilung macht, ist sie zu ihrem Bedauern veranlaßt, festzustellen, daß von dem genannten Zeitpunkt ab bis auf weiteres vorübergehend auch für die Fälligkeit der Zinsen der äußeren Anleihen des Deutschen Reiches 1930 und für die Tilgung der erstgenannten Anleihe keine Devisen mehr verfügbar sind. Der Reichsmarkgegenwert des Anleihebedienstes wird indessen wie auch bisher im Falle der Tilgung der internationalen 5,5prozentigen Anleihe des Deutschen Reiches 1930 auf den Konten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bei der Reichsbank zur Verfügung der Treuhänder stehen. Die Rechte und die besondere Stellung der beiden Anleihen sollen durch die vorgezeichnete Transferregelung in keiner Weise präjudiziert werden. Die deutsche Regierung ist in der Erwartung, daß die Lage inzwischen nicht durch Zwangsmassnahmen gegen die deutsche Ausfuhr noch erschwert wird, bereit, mit den an den Reichsanleihen beteiligten Stellen vor der tatsächlichen Wiederaufnahme des Transfers irgendwelcher mittel- und langfristiger Auslandsverpflichtungen in Erörterungen darüber einzutreten, unter welchen Modalitäten der Transfer des Dienstes der Reichsanleihen wieder aufgenommen werden kann.

Die wirtschaftliche Zwangslage, die zu diesem Schritt nötigt, ist auf der Transferkonferenz, an welcher als Vorsitzender der Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich teilgenommen hat, eingehend erörtert worden. Die deutsche Regierung wird diesen Schritt heute in einer Note an die beteiligten Regierungen näher begründen und ihnen Kenntnis von den vorliegenden Mitteilungen geben.

gez. Graf Schwerin von Krosigk.

### Die deutsche Note zur Transferfrage

Berlin, 15. Juni. Nachdem bereits der Brief des Reichsfinanzministeriums für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich veröffentlicht worden ist, in dem mitgeteilt wird, daß die Dawes- und Younganleihe in den Transferausgleich einbezogen werden müßten, steht unmittelbar die Veröffentlichung der Note bevor, die an die Regierungen der einzelnen Länder gerichtet wurde, in denen die beiden genannten Anleihen aufgelegt worden sind. Bei der Note handelt es sich um ein umfangreiches Schriftstück von etwa 14 Maschinenseiten. Sie behandelt eingangs das Sonderproblem der deutschen Transferfrage, geht dann auf die Opfer und die Anstrengungen über, die wir gemacht haben, hervor, ferner auf das Verjagen des Auslandes bei der Abnahme unserer Waren, die erforderlich sind, um die für die deutschen Schuldentilgungen benötigten Devisenbeträge zu erhalten, betont ausdrücklich den deutschen Zahlungswillen und geht dann auf die Maßnahmen ein, die wir getroffen haben und treffen müssen, um unsere Devisen- und Handelsbilanz aktiv zu erhalten. Schließlich wird das Problem der Reichsanleihen behandelt und erklärt, daß ihre Einbeziehung in das Transfermoratorium unvermeidlich gewesen ist. Zum Schluß werden unsere Bemühungen geschildert, eine Verständigung auch hierüber herbeizuführen und unsere Bereitschaft, Erklärungen hierüber anzustellen.

### Amerika hat Verständnis

New York, 15. Juni. Die Blätter, die die Meldungen über das deutsche Transfermoratorium auf der ersten Seite in großer Aufmachung bringen, betonen, daß diese Nachricht keinen tiefen Eindruck mehr mache, da sie längst erwartet worden sei. In Bankkreisen neige man allgemein der Ansicht zu, daß diese Maßnahme der Reichsbank angesichts der Verringerung des Devisen- und Goldbestandes kaum vermeidlich gewesen sei, daß der weiteren Entwicklung aber mit einem gewissen Optimismus entgegenzusehen werden müßte, da der Transferausgleich als Ausdruck einer gewissen Entschlossenheit der Reichsregierung anzusehen sei, eine Markabwertung zu vermeiden. Diese Anschauung scheint sich auch beim breiteren Publikum durchzusetzen, soweit dieses an deutschen Dollarbonds interessiert ist, deren Kurse sich im wesentlichen gut behaupten.

### Deutsche Zurückweisung der Erklärung Chamberlains über ein deutsch-englisches Clearingamt

W.D. Berlin, 15. Juni. Von zuständiger Seite wird zu der vom Schatzkanzler Neville Chamberlain im Unterhaus abgegebenen Erklärung über die Errichtung eines deutsch-englischen Clearingamtes folgendes mitgeteilt:

Die deutsche Regierung ist zu Verhandlungen mit der englischen Regierung über eine Regelung der sich aus dem Transfermoratorium ergebenden Fragen ebenso bereit wie zu Verhandlungen mit anderen Staaten; mit der holländischen und der schweizerischen Regierung sind solche Verhandlungen bereits im Gange. Sie muß es aber ablehnen, diese Verhandlungen unter dem Druck der Drohung mit einem Zwangsclearing zu führen. Die englische Regierung geht bei dem Gedanken an eine solche Regelung offenbar davon aus, daß Deutschland im Handelsverkehr mit England noch immer eine nicht unerhebliche Aktivität aufweist. Sie überlistet dabei aber,

daß Deutschland gegenüber dem britischen Weltreich im ersten Vierteljahr 1934 mit 60 Millionen RM. passiv war. Schon dieses Verhältnis zeigt, daß durch ein Zwangsclearing die britischen Handelsinteressen stärker in Mitleidenschaft gezogen werden können als die deutschen. Die deutsche Regierung ist jedenfalls entschlossen, jedes einseitige Vorgehen der englischen Regierung gegen die deutsche Ausfuhr, gleichviel in welcher Form es erfolgt, mit entsprechenden Gegenmaßnahmen gegen die englische Einfuhr in Deutschland zu beantworten. Im Interesse des beiderseitigen Handelsverkehrs, der durch solche Zwangsmaßnahmen nur weiter zusammenschrumpfen würde, wäre es daher gelegen, wenn der Gedanke eines solchen einseitigen Vorgehens gegen die deutsche Ausfuhr mit seinen nachteiligen Wirkungen für den beiderseitigen Warenverkehr nicht weiter verfolgt würde.

## Rüstungsdebatte in der französischen Kammer

Paris, 15. Juni. Im Verlauf der Rüstungsdebatte in der französischen Kammer begründete der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriol seinen Verfassungsantrag mit der Notwendigkeit einer Reduktion der Verteidigungsausgaben. Die Schleuderverwaltung in der Militärverwaltung sei allzu bekannt, als daß die Steuerzahler darüber schweigen könnten.

Ministerpräsident Doumergue erklärte, zur Linken gewandt, daß er nicht Mitglied der Kammer sei, sondern als Fremder hier spreche. Er habe also ein Recht darauf, nicht unterbrochen zu werden. Er habe zwei Kriege miterlebt, 1870 und 1914. Zweimal sei Frankreich von demselben Lande „angegriffen“ worden. 1914 sei er in der Regierung und folglich für die Landesverteidigung verantwortlich gewesen. Er habe die schwere Artillerie, von der man so viel geredet habe, verlaßt und erhalten. Er habe auch nie genommen worden. Seit 1918 habe Frankreich nicht aufgehört, abzurüsten (!). Man könne sich aber mit Recht fragen, ob das anderswo auch der Fall gewesen sei. Bezugnehmend auf die Vorgänge in Genf und zur Begründung der Haltung der französischen Abordnung verlas darauf Ministerpräsident Doumergue Auszüge eines Briefes von Adolf Hitler vom Oktober 1932 an den damaligen Reichstanzler von Papen. In diesem Brief wird nach den verschiedenen Stellen die Auffassung vertreten, daß Konzeptionen nie neue Ergebnisse zeitigten, sondern allenfalls bestehende Tatsachen Rechnung trügen und daß die Frage des Rüstungsstandes folglich nicht in Genf entschieden werden würde. Von den jetzigen Vorgängen erklärte Doumergue, sie seien die Verwirklichung dessen, was der heutige Reichstanzler damals geschrieben habe. Die Verabschiedung der Vorlage sei um so notwendiger, als Deutschland dieser Tage beschloss, abzurüsten, um Frankreich vor vollendete Tatsachen zu stellen. (Vorher Doumergue diese Behauptung tätigt, ist uns unverständlich.) Doumergue erklärte, die Kammer müsse die Vorlage sofort verabschieden, andernfalls müde er gemäß seiner Verantwortlichkeit handeln und tun, was seine Auffassung von seiner Pflicht ihm vorschreibe.

Darauf ergriff der Führer der Sozialisten, Leon Blum, das Wort. Er wolle sich mit dem Ministerpräsidenten nicht auf eine historische Aussprache einlassen. Gewiß werde die Wiederaufklärung Deutschlands in die Debatte eine beunruhigende und alarmierende Tatsache. Aber vielleicht entspräche die Aufrüstung Deutschlands anderen Zielen als dem Kriege. Wie dem auch sei, müsse man sich die Frage vorlegen, welche Schlussfolgerungen aus der heutigen Lage zu ziehen seien. Heute stehe man vor der vollendeten Tatsache, daß Deutschland sich aus Genf zurückgezogen habe, und handle als ob es seine Freiheit wiedergewonnen hätte. Die Rede des Ministerpräsidenten hinterlasse den erschütternden Eindruck, daß man die Hoffnung auf eine Organisierung des Friedens in der Abrüstung anzugehen scheine. Die sozialistische Partei sei der Auffassung, daß das Parlament um jeden Preis seinen Friedenswillen bekunden müsse.

Nach dem Sozialisten sprach Chauvemps als Fraktionsführer der Radikalsozialisten und wandte sich sehr scharf gegen die Behauptung von Blum, daß die Regierungen der letzten Jahre Schuld an der gegenwärtigen Entwicklung hätten. Wenn Deutschland die Abrüstungskonferenz verlassen habe, so sei nicht Frankreich daran schuld. Heute handle es sich nur darum, den Gedanken zu verwirklichen, den man im Parlament schon von mehreren Jahren gefaßt habe, nämlich, daß Frankreich defensiv bleiben müsse. Daher würden die Radikalsozialisten einstimmig für die Regierungsvorlage und gegen den sozialistischen Verfassungsantrag stimmen. Der sozialistische Verfassungsantrag wurde mit 459 gegen 125 Stimmen abgelehnt.

## Gegen Riesmacher und Rörgler

DNB, Weeslau, 15. Juni. In der dichtbelegten Jahrhunderthalle sprach am Freitagabend Reichsinnenminister Dr. Frick im Rahmen des großen Propagandafeldzuges gegen die Riesmacher und Rörgler. Der Minister gab im Verlaufe seiner Rede seiner Freude darüber Ausdruck, daß der vom Stabschef angeordnete Urlaub den SA-Männern Gelegenheit gebe, sich ihrer Familie und ihrer Erholung zu widmen. Es wäre zu überlegen, ob es nicht auch an der Zeit sei, einmal „Sammelferien“ einzulegen. Die allzu häufigen Sammlungen seien allmählich zu einer Landplage geworden, aber, so sagte der Minister unter starkem Beifall, was seien denn das alles für Kleinigkeiten und was bedeuteten diese Unannehmlichkeiten und Unbequemlichkeiten, wenn man ihnen das Große der letzten anderthalb Jahre gegenüberstelle? Er glaube nicht zuviel zu sagen, wenn er behaupte, daß das deutsche Volk in diesen anderthalb Jahren erst zu einer Nation, zu einer Willenseinheit zusammengeschweißt worden sei.

Der Minister kam dann auf das Verhältnis von Staat und Kirche zu sprechen, wobei er erwähnte, daß das nationalsozialistische Programm von 1920 in dieser Hinsicht noch unverändert bestehe, und gab im übrigen dem Wunsch Ausdruck, daß in Bälde eine einheitliche evangelische Reichskirche entstehe. Niemand solle glauben, daß man unter dem Schein von kirchlichen Streitigkeiten etwa besondere Ziele verfolgen könne. In diesem Falle werde der Staat von seinen höchsten Machtmitteln Gebrauch machen.

## Aufruf Dr. Lebs zu den deutschen Revolutionsfeiern

DNB, Berlin, 15. Juni. Die Deutsche Arbeitsfront wird, wie „Der Deutsche“ meldet, außer der bereits für den 23.-24. Juni vorgesehenen Festgestaltung der Sonnenwendfeiern in der eigentlichen Nacht der Sommerjonneneinde vom 20. zum 21. Juni eine Kundgebung durchzuführen, deren Grundgedanke das Befreiungswort in der Völkervereinigung schaffenden Volkes zur Gemeinschaft aller Stände u. Stämme u. deren Träger der in seinem Volkstum wieder verwurzelte deutsche Arbeitsmensch ist. Zu diesen Feiern hat der Stabsleiter der DA und Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Lebs, einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: „Wenn wir in der Nacht vom 20. zum 21. Juni die Revolutionsfeier ausleuchten sehen, dann denkt an den Führer, denkt an Deutschland und an alle Deutschen dies- und jenseits der Grenzen.“

## Dr. Göbbels in Krakau

Empfang der deutschen Kolonie

Krakau, 15. Juni. Das Großflugzeug „Generalfeldmarschall von Hindenburg“ mit Dr. Göbbels und seiner Begleitung an Bord landete um 9.30 Uhr auf dem Flugplatz in Krakau. Dr. Göbbels wurde auf dem Flugplatz von Staatssekretär Södembed, dem Gefandten von Nolte, dem Bizewojwoden, dem Stadtpräsidenten von Krakau, dem deutschen Konsul, dem Bezirksstarosten und dem Stadtkarossen und anderen Vertretern der Behörden und der Presse begrüßt. Dr. Göbbels begab sich zunächst in das Grand-Hotel und besichtigte dann die Stadt.

Dr. Göbbels besichtigte unter Führung des polnischen Kunsthistorikers Dr. Grzybowski die wichtigsten der weltbekanntesten Kultur- und Kunstdenkmäler der altherwürdigen Königsstadt Krakau. Namentlich das altherwürdige Königschloß der Jagellonen am Wawel erweckte das Interesse des Reichsministers.

An diesen gastfreundlichen Empfang Dr. Göbbels in Krakau schloß sich ein Empfang der deutschen Kolonie Krakaus in den Räumen des Konsulats an. Dr. Göbbels begrüßte die deutsche Kolonie mit einigen herzlichen Worten. Konsul Schilling dankte sodann im Namen der deutschen Kolonie. An den Empfang der deutschen Kolonie schloß sich ein Essen, das vom Bizewojwoden Walidi gegeben wurde.

Während des Essens tauschten der polnische Bizewojwoden Szymbeck und Minister Dr. Göbbels in herzlichem Tone gegenseitige Ansprachen aus. Dr. Göbbels und seine Begleiter traten um 15.30 Uhr vom Flugplatz in Krakau im Flugzeug den Rückflug nach Berlin über Breslau an.

## Der Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft „Handel“ in der Deutschen Arbeitsfront ernannt

DNB, Berlin, 15. Juni. Pp. Ernst Otto Lehmann, Abteilungsleiter des Amtes „Handel“ der NSDago in der obersten Leitung DA, wird mit sofortiger Wirkung zum Führer der Reichsbetriebsgemeinschaft „Handel“ in der Deutschen Arbeitsfront ernannt.

## Bischof Oberheid scheidet aus der Kirchenregierung aus

Berlin, 15. Juni. Bischof Dr. Oberheid hat auf Antrag einen längeren Urlaub angetreten. Seine Tätigkeit in der Kirchenregierung dürfte damit beendigt sein.

## Kein Besuch Barthous in Wien

Wien, 15. Juni. Von zuständiger Seite wird entgegen anderslautenden Berichten mitgeteilt, daß ein offizieller Besuch des französischen Außenministers Barthou bei der österreichischen Regierung anlässlich seiner Reise nach Bulgarek nicht beabsichtigt sei. Barthou werde zwar auf der Durchfahrt nach Bulgarek Wien berühren, jedoch werde er hierbei der österreichischen Regierung keinen Besuch abflatten.

## 13 Staaten zahlen nicht

Washington, 15. Juni. Bis zum Donnerstag nachmittag haben 13 Staaten einschließlich Italien und Ungarn dem Staatsdepartement amtlich mitgeteilt, daß sie nicht gewillt sind, die am 15. Juni fälligen Kriegsschuldenraten zu zahlen. Es handelt sich um eine Summe von 477 Millionen Dollar. Litauen und Südbahawien haben bisher noch keine Mitteilung gemacht. Finnland ist das einzige Land, das die Zahlung leistet.

## Bombenanschlag auf den Präsidenten von Kuba

DNB, Havanna, 15. Juni. Bei einem Besuch der Marinekation Tiscorniu urde auf den kubanischen Präsidenten Mencheta ein Bombenanschlag verübt. Der Präsident wurde an der Hand leicht verletzt, ein ihn begleitender Offizier wurde getötet. Mehrere Personen erlitten Verletzungen.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Explosierende Mine.** Auf dem Schießplatz der estnischen Offizierschule bei Reval ereignete sich ein schweres Explosionsunglück. Ein Offiziersanwärter hatte eine leichte Mine gefunden, die noch aus dem Kriege stammte. Als er sie seinen Kameraden zeigte, explodierte die Mine in seinen Händen. 5 Offiziersanwärter wurden sofort getötet, 2 starben unmittelbar nach Einlieferung ins Krankenhaus. 2 Offiziersanwärter wurden durch die Explosion verletzt, 4 von ihnen so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

**Dorfbrand in Ägypten — 10 Tote.** In einem Dorf in der Nähe von Bilbeis ereignete sich ein Brand von großem Ausmaß. Dabei kamen 10 Personen ums Leben, während 40 Leute schwere Verletzungen erlitten. 200 Behausungen wurden durch Feuer zerstört.



So sieht es in Sowjetrußland aus. Das „Arbeiterlum“, die Zeitschrift der NSBO und DAF veröffentlichte dieses Bild, das die verwehrtesten Straßen in Leningrad (St. Petersburg) zeigt.

## Die Stellung des Nationalsozialismus zur Wirtschaft

Hd. Karlsruhe, 14. Juni. Auf Einladung des Ministerpräsidenten und Finanz- und Wirtschaftsministers Köhler versammelten sich am Donnerstagabend im großen Saale des Hotels „Germania“ äußerst zahlreich die Spitzen der Behörden, die Vertreter der Ministerien und öffentlichen Körperschaften, sowie die führenden Persönlichkeiten aller Zweige der badischen Wirtschaft, um einen hochinteressanten Vortrag des Vorsitzenden der Kommission für Wirtschaftspolitik bei der Reichsleitung der NSDAP, Bernhard Köhler, zu hören. Nachdem der Ministerpräsident, der in Begleitung der Minister Dr. Wader und Dr. Schmittner erschienen war, den Redner und die Versammlung herzlich begrüßt hatte, ergriff Pp. Bernhard Köhler das Wort zu etwa anderthalbstündigen Ausführungen. Er stellte fest, daß in dem Verhältnis von Wirtschaft, Volk und Staat ein grundlegender Wandel eingetreten sei. Der Nationalsozialismus habe mit der Vorkriegszeit der Wirtschaft im Staate, die zum Zusammenbruch führen mußte, gebrochen. Die Wirtschaft sei jetzt ein Teil des Volkslebens. Sie könne nicht darin bestehen, daß sich das Kapital betätigt. Dieses sei am langen Hebel der Wirtschaft gefesselt und habe bestimmt, ob gearbeitet wird oder nicht. Am des Lebens des Volkes willen habe der Nationalsozialismus die Lage umgekehrt. Man ging auf den eigentlichen Grund der Wirtschaft zurück. Die Arbeit, so betonte der Redner, ist die Voraussetzung der Wirtschaft. Wir treiben Wirtschaftspolitik von der Arbeit aus und nicht vom Kapital her. Unsere Aufgabe war, zu arbeiten, damit die Wirtschaft angetrieben werden kann, damit die Wirtschaft sogar wieder zur Vermögensbildung schreiten kann. Das Volkswohl steht vor allen anderen. Das heißt aber nicht, daß der Einzelne sich nicht durchzusetzen hätte. Eine Vorbedingung für eine gesunde Wirtschaft ist, daß alle Kräfte des Volkes voll zur Ausnützung kommen. Deshalb mußte für den Nationalsozialismus die Befähigung der Arbeitslosigkeit die erste und wichtigste Aufgabe sein. Erst, wenn der letzte Arbeitssuchende Arbeit gefunden hat, können wir an einen wirklichen Neuaufbau der Wirtschaft denken. Die Wirtschaft ihrerseits muß alles tun, um selbst Arbeitsplätze zu schaffen; denn jeder Arbeitslose belastet die Wirtschaft und bedeutet Verlust am Volksermögen. Der Redner wies darauf hin, daß der ewige Schrei nach Krediten bedeutend abgenommen habe, weil man mehr und mehr erkenne, daß es besser sei, aus eigener Kraft vorwärts zu kommen. Man habe in der vergangenen Wirtschaftsepisode die Unternehmer mit Krediten geradezu geflutet, bis im Juli 1931 das schredliche Erwachen kam. Der Fehler lag daran, daß ein ganzes Volk sich abhängig gemacht hatte vom internationalen Kapital. Wir haben heute wieder einen schnelleren Umlauf der Güter zu verzeichnen. Unsere Wirtschaftslage gebe in keiner Weise Anlaß zur Besorgnis. Keine Macht der Erde, so schloß Pp. Köhler seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen, darf über die Entschlüsse unsere verantwortlichen Politik bestimmen können, außer der Ehre und dem Wohle des eigenen Volkes, erst recht nicht die Boykottbestrebungen einer internationalen jüdischen Clique.

## Scharfe Weisung des Badischen Finanz- u. Wirtschaftsministers zur stärkeren Preisüberwachung

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister hat an alle beteiligten Behörden scharf eine neue scharfe Weisung zur stärkeren Überwachung der Preise gegeben. Anlaß zu diesem Vorgehen sind die Preissteigerungen auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaft, insbesondere auch in der Bauwirtschaft, die in letzter Zeit auch in Baden beobachtet werden konnten. Die Ausbaumassnahmen der Reichsregierung dürfen durch das Verhalten verantwortungsloser Unternehmer und Unternehmerrgruppen, welche die Wirtschaftsbelebung für ihre eigennützigen Zwecke ausnützen wollen, nicht gefährdet werden. Der Reichswirtschaftsminister hat unlängst betont, daß eine Erhöhung des Preis- und Lohnstandes eine Verringerung der Kaufkraft bedeutet, zu der es unter keinen Umständen kommen darf, hat vor einigen Tagen durch die Verordnung über die Verbindungsartikelle der Ringbildung und den Preistreibeieren bei Vergabe von Bauleistungen öffentlicher Stellen einen Riegel vorgegeben und durch eine weitere Verordnung die Festsetzung neuer Mindestpreise, Mindestlohnbestimmungen usw. und die Erhöhung bestehender, ohne die Genehmigung der Preisüberwachungsstelle unterliegt. Gleichzeitig hat der Reichswirtschaftsminister den Preisüberwachungsstellen erweiterte Vollmachten gegeben und die nötigen Voraussetzungen für ein scharferes und schnelleres Einschreiten geschaffen. Wo sich ernste Mißstände oder Auswüchse zeigen, wird rasch und energisch eingegriffen werden. Hier wird auch nicht vor der Schließung des Betriebes zurückgedreht werden, ob es sich nun um eine Verkaufsstelle, einen handwerklichen Betrieb oder ein sonstiges Unternehmen handelt. Der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister erwartet von dem Verantwortungsbewußt aller beteiligten Wirtschaftskreise angesichts ihrer heutigen Einstellung zum nationalen Wiederaufbau, daß in Baden derartige schwere Eingriffe erspart bleiben.

## Strenge Verordnung zur Durchführung der Aufwertung von Sparguthaben

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Die zweite Hälfte der von den öffentlichen Sparkassen aufgewerteten Sparguthaben war für die Gläubiger nach der seitherigen Vorrichtung erst vom 1. Januar 1940 an kündbar. Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse bei den badischen Sparkassen durch den erfreulichen Zugang von Spareinlagen wesentlich geändert. Der Minister des Innern hat darum neuerdings diese Kündigungsfrist im Interesse beschleunigter Abwicklung der Aufwertung dahin verlängert, daß das dritte Viertel der Aufwertungsparaguthaben bereits am 1. Januar 1936, das letzte Viertel am 1. Januar 1937 nach Maßgabe der Satzungsbestimmungen der Sparkasse getündigt werden kann. Damit werden die Sparer früher in den Genuß ihrer aufgewerteten Sparguthaben kommen; gleichzeitig wird aber auch die Kaufkraft durch die Freigabe dieser nicht unbeträchtlichen Mittel eine willkommene Belebung erfahren. Nur wo in besonderen Fällen einer Sparkasse die vorzeitige Erfüllung dieser Aufwertungsverpflichtungen unmöglich wäre, hat der Minister des Innern sich vorbehalten, für diese Sparkasse wieder die alte Vorrichtung in Kraft zu setzen.

## Bitte Platz zu nehmen!

Hd. Zweibrücken, 14. Juni. In Durchführung der Verkehrswoche erhielten gestern die an Eten und Kreuzungen plaudernd Umherstehenden Stühle zum Platznehmen überreicht. Die Verkehrsleiter zogen es jedoch vor, das freundliche Angebot nicht anzunehmen, sondern schleunigst zu verduften. Ein ganz spassiges Mittel, das aber seinen Zweck, wie man sieht, nicht verfehlt und auch schon in anderen Städten praktische Anwendung fand.



# Turnen · Spiel · Sport

Ein umfangreiches Programm!

**Phönix Karlsruhe — Germania Durlach (16. 6.)**  
**F. Wei. 04 Ruppurr — Germania Durlach (17. 6.)**  
**F. B. Daxlanden — Germania Durlach (Pol.-Sp. 20. 6.)**  
 In weiterer Fortsetzung und Eröffnung der Freundschaftsspiele wartet der F. C. Germania Durlach in den nächsten Tagen mit durchweg interessanten Kämpfen auf, die sämtliche auf fremdem Gelände ausgefochten werden müssen.  
 Am heutigen Samstag leisten die Germanen einer alten Rüstspielverpflichtung Folge, indem sie bei der bekannten Gauligamannschaft des F. C. Phönix R'he ihre Gastrolle abgeben. Im Vorspiel siegten die Gauligisten in bisher selten gezeigter Manier mit 6:0 Toren. Ob sie diese Leistungen im Rüstspiel zu wiederholen vermögen ist in Frage gestellt, da auch andererseits die Germanen sich seit damals einer beachtlichen Leistungssteigerung in der Spielstärke erfreuen konnten und sicher in gewohnter Art gegen einen achtbaren Gegner zu einer entsprechenden Form auflaufen werden. Wenn auch ein Sieg der Gauligisten näher liegt, als ein Erfolg der Bezirksligisten, so wird das Spiel trotzdem seines Reizes nicht entbehren.  
 Am darauffolgenden Tage trifft eine kombinierte, aber erfolgversprechend zusammengestellte Mannschaft in Ruppurr auf die ihr 30 jähriges Bestehen feiernde Fußball-Gesellschaft. Beide Mannschaften sind frühere Verbandsgegner und liefern sich manche harte Klingenkreuzung, um die begehrten Punkte. Den letzten Kampf gewannen die Germanen mit 4:1. Der Jubilar wird deshalb gegen die eine Klasse höher spielenden Gäste alle Register seines Könnens ziehen, um einen gebührenden Achtungserfolg zu erzielen.  
 Die zweifelslos reizvollste Begegnung dürfte das am Mittwoch in Daxlanden zum Austrag gelangende Bezirkspokalspiel zwischen Germania und F. B. Daxlanden werden. Die Bezirkspokalspiele endeten beide unentschieden, was für die Gleichwertigkeit beider Mannschaften spricht. Wenn der Gastgeber nicht an die Befriedigung seiner Revanchegefühle denkt und sein gewohntes Spiel demonstriert, dann dürfte ein faires und spannender Pokalsampf zu erwarten sein, dessen Besuch lohnenswert ist.

**2000 Kilometer-Fahrt auf neuer Basis in Baden-Baden.**  
 Die 2000 Kilometer-Fahrt durch Deutschland, die den Deutschen Kraftsport auf eine völlig neue Basis stellt und auf ein besonders hohes Niveau erhoben hat, wird auch in diesem Jahre die bedeutendste Veranstaltung sein.  
 Der 21. und 22. Juli ist als Tag des Deutschen Kraftsports festgesetzt.  
 An diesen Tagen werden die Straßen völlig den Kraftfahrzeugen gehören. Ueber 2000 Kilometer werden sie auf den durch Motor-Sil gesicherten Straßen eilen.  
 Die Streckenführung ist gegenüber dem Vorjahre ziemlich wesentlich geändert worden. Start und Ziel befinden sich wiederum in Baden-Baden. Es wird wie folgt gefahren: Baden-Baden, Bühl, Reichen, Freudenstadt, Freiburg, Schauinsland, Feldberg, Titisee, Donaueschingen, Tuttlingen, Herberingen, Ulm, Augsburg, München, Ingolstadt, Weissenburg, Nürnberg, Bamberg, Cronach, Saalfeld, Jena, Zeitz, Leipzig, Döben, Potsdam, Anus (Nordtor), Adolf Hitler-Platz, Rauen, Brandenburg, Magdeburg, Halberstadt, Braunlage, Kassel, Badersborn, Dortmund, Essen, Düsseldorf, Köln, Cronberg, Frankfurt a. M., Heidelberg, Baden-Baden.  
 Die Motorräder haben einen Weg von 1150 Kilometern ab Leipzig zurückzulegen. München, Berlin und Dortmund sind offizielle Kontrollen, hauptsächlich, um die Teilnehmer mit zu viel Rückstand auszuscheiden.  
 Neu in der Ausrichtung ist übrigens auch, daß keine Fabrikdepots auf der Strecke errichtet werden. Die Fahrer dürfen lediglich von den Tankstellen Hilfestellungen entgegennehmen. Auswecheln von Reifen ist nur in den vorgeschriebenen Depots München, Berlin und Dortmund gestattet. Ausführen einer Reparaturwerkstatt ist verboten, Reparaturen dürfen nur mit Bordmitteln ausgeführt werden. Neben Einzelfahrern sind auch Mannschaften von Formationen vom DVAC und von der Industrie zugelassen.  
 Die Preisverteilung erfolgt auch für den Vordeschlepper durch goldene, silberne und bronzene Medaillen. Feiertliche Flaggenhissung und Appell am 23. Juli in Baden-Baden.

**Der Sport des Sonntags**  
 Höhepunkte bilden die Vorschlußrunde um die deutsche Fußball-Meisterschaft und der erste Gang der Handball-Gaumannschaften um den Adolf-Hitler-Pokal. Die Vorschlußrunde besteht aus folgenden Treffen:  
 In Leipzig: 1. FC. Nürnberg — Viktoria Berlin  
 In Düsseldorf: Schalke 04 — SV. Waldhof.  
 Wer wird ins Endspiel kommen? Diese Frage dürfte vielfach sofort dahin beantwortet werden: Nürnberg und Schalke.  
 Vänderspiel Süddeutschland — Paris  
 In Mannheim findet am Sonntag ein Spiel gegen eine französische Auswahlmannschaft statt. Die Stadtsil Paris ist der Gegner. Es handelt sich hier um ein Rückspiel, das im Dezember 1932 die süddeutsche Nachwuchsmannschaft mit 5:2 gewann.

**Ein Bischof durch Bienen schwer verletzt**  
 In einem Vorort Belgrads hatte der jugoslawische Bischof schon die feierliche Grundsteinlegung zu der neuen Kirche seiner Gemeinde vorgenommen. Der Bischof, der weit und breit als erfolgreicher Bienenzüchter bekannt ist, begab sich darauf mit den Gästen, die an der Feier teilgenommen hatten, in den an das Pfarrhaus angrenzenden Garten, in dem die Bienenslöde untergebracht sind. Blödsichtig flog aus einem Korb ein ganzes Bienenvolk auf und stürzte sich auf den Bischof. Der geistliche Herr wurde von den Tieren so übel zugerichtet, daß er bewußtlos zu Boden stürzte. Der herbeigerufene Arzt brachte ihn sofort in sein Haus, aber die Verletzungen sind so schwerer Natur, daß an einem Aufkommen des Bischofs schon gezwifelt werden muß.

**Handel und Verkehr**  
 Amtliche Berliner Devisenliste vom 15. Juni  
 Argentinien (1 Pap.-Peso) 0,619 0,622  
 Belgien (100 Belg.) 58,55 58,67  
 England (1 Pfund) 12,855 12,885  
 Frankreich (100 Fr.) 16,50 16,54  
 Holland (100 Gulden) 169,73 170,07  
 Norwegen (100 Kr.) 63,59 64,71  
 Oesterreich (100 Schilling) 47,95 48,05  
 Schweden (100 Kr.) 65,20 65,24  
 Schweiz (100 Fr.) 81,42 81,58  
 Tschechoslowakei (100 Kr.) 10,44 10,46  
 U. S. v. Amerika (1 Dollar) 2,507 2,513  
**Börsen**  
 Berliner Börse vom 15. Juni. Infolge des geringen Ueberengangs war eine klare Tendenz anfangs nicht zu erkennen, doch konnte sich schon unmittelbar nach Börsenbeginn auf neue Kaufaufträge des Publikums und auch des Auslandes wieder eine allgemeine Begeisterung durchziehen. Die getriggen Erklärungen des Reichsbankpräsidenten gegen Inflation und Währungsabwertung wurden mit Genugtuung aufgenommen und hatten eine allgemein freundlichere Tendenz für Renten zur Folge. Alibi wurden 0,25 Prozent höher bezahlt, auch Reichsmarkobligationen wurden über den getriggen Kursen gehandelt. An den Borsen wurde für erste Briefen war trotz des Medios unverändert 3,84 bis 4,12 Prozent. Der Dollar war mit 2,6 und das Pfund mit 12,63 zu hören. London stellte sich gegen Kassel auf 5,05.  
 Samstag-Börse. Laut Anordnung des Börsenvorstandes in Berlin findet am 16. Juni, 23. Juni, 30. Juni, sowie an den Samstagen des Monats Juli keine Wertpapierbörse statt.

## M. G. Volkswohlfahrt.

**Durchführung der örtlichen Kindererholungsfürsorge.**  
 Die örtliche Kindererholungsfürsorge gelangt in diesem Jahr durch die **Arbeitsgemeinschaft** der örtlichen Organisationen der freien Wohlfahrtsvereine (M. G. B., Innere Mission u. Caritas) unter Führung der M. G. B. zur Durchführung.  
 Die Kinder welche erholungsbedürftig sind, sind bereits vom Schularzt ausgewählt. Den Eltern dieser Kinder wird eine entsprechende Nachricht nach im Verlaufe dieser Woche zugehen. Die Eltern von erholungsbedürftigen Kindern, die ihr Kind während der großen Ferien (August) in der örtlichen Erholungsfürsorge (Zumberg, Verchenberg) untergebracht wissen möchten, werden hiermit aufgefordert, ihr Kind **unter Vorlage der schulärztlichen Benachrichtigung** in der Zeit vom Mittwoch, den 20. bis Freitag, den 22. Juni 1934, vorm von 8-12 und nachm. von 2-5 Uhr im Rathaus, Zimmer 1 anzumelden und zwar:  
 Buchstabe A-K am Mittwoch, den 20. Juni  
 " L-R am Donnerstag, den 21. Juni  
 " S-Z am Freitag, den 22. Juni.  
 Bei der Anmeldung kann der Wunsch ausgesprochen werden, welcher Gruppe (M. G. B., Innere Mission oder Caritas) das Kind zugeteilt werden soll.  
 Durlach, den 14. Juni 1934  
 Der Führer der Arbeitsgemeinschaft:  
 Balfschach.

**Badisches Staatstheater**  
 Vom 10.-17. Juni 1934  
 Richard Strauß-Woche.  
**Sonntag, 16. Juni**  
 C 28. Deutsche Bühne Sonder-  
 ring (Th-Gem.) 301-400  
**Aljanta-Fresken**  
 Ballett von Tscherevinn  
 Choreographie und Leitung:  
 Kratina. Dirigent: Born.  
 In Neugestaltung  
**Josephslegende**  
 Dramatische Tanzhandlung von  
 Richard Strauß.  
 Choreographie u. Inszenierung:  
 Kratina. Dirigent: Keilbert.  
 Mitwirkende: Das ganze Ballett  
 Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr  
 Preise C (0,80-4,50 A)

**Sonntag, 17. Juni**  
 Vormittags  
 Geschlossene Vorstellung der  
 M. G. Gemeinschaft „Kraft durch  
 Freude“  
**Gesähmte Schwingen**  
**Braunschau — Die Medaille**  
 Anfang 10.30 Uhr Ende 13 Uhr  
 Kein Kartenverkauf im  
 Staatstheater!  
 Abends  
 B 27. Deutsche Bühne Sonder-  
 ring (Th-Gem.) 1201-1300  
**Der Rosenkavalier**  
 Komödie für Musik von  
 Richard Strauß  
 Dirigent: Kettstraeter. Regie:  
 Bruchsa. Mitwirkende: Blant

**Persil und Henko**  
 ohne die zwei keine Wäsche!  
 Wer diese beliebte Kunst- und Familien-Monatschrift liest, nimmt teil an dem geistigen, praktischen und kulturellen Schaffen der gesamten deutschen Nation. Auf über 100 Seiten bietet jedes Monatsheft eine überraschende Fülle gediegener Aufsätze aus allen Gebieten, dazu erstklassige Romane, Novellen, Kurzgeschichten, Erzähl- und Sonderbeilagen. Das neue Heim- und Jung-Eckhart. Alles in allem: eine feine, heile Familienzeitschrift, die Sie kennen sollten. Im festen Bezug monatlich nur RM. 1.- (S. 170). Der Eckhart-Verlag, Adolf Esfer, Wien 5, Spengerg. 41. Ichid. Ihnen ein Wunsch: unerschindlich ein Probeheft. Machen Sie von dieser günstigen Gelegenheit den „Getreuen Eckhart“ kennenzulernen Gebrauch.

**Der getreue Eckhart**  
 1. Heft, 2. Sofa, 2. Tische zu verkaufen.  
 Adolf Esferstraße 30.  
**Christliche Vereinigung Aue, Friedenstraße 3.**  
 Sonntag 8 Uhr Gebetsveretigung, 11 Uhr Sonntagschule, 3 Uhr Versammlung, 8 Uhr Singstunde.  
 Mittwoch 7/9 Uhr Versammlung.  
 Freitag 7/9 Uhr Bibelstunde.

**Gasherde**  
 in jeder Preislage bei  
**Wilhelm Stoll**  
 Installationsgesch., Leopoldstr. 4

**Findig wie ein Detektiv ist die kleinste Anzeige im Durlacher Tageblatt!**

Durch  
 Wie  
 Ministe  
 und die  
 Im  
 aufklär  
 anstalt  
 Lebens  
 icken T  
 Reichs-  
 Schwim  
 Die  
 noffen  
 men ni  
 heit n  
 Brauch  
 gangen  
 Im  
 rung d  
 suche id  
 anstalt  
 werden  
 Insbe  
 führung  
 nifation  
 zur Ken  
 Schwim  
 ein Bed  
 getattet  
 und die  
 Von der  
 rungsar  
 amtswe  
 denen n  
 haben  
 den zuff  
 Organi